

„Minderheitenvotum“ von Herrn Gilbert Siegler / Herrn Prof. Dr. Dietrich Rabenstein

**Stellungnahme des Hamburger Energienetzbeirats zu den am 23. November 2017 durch die BUE vorgestellten Planungen zum Ersatz des Heizkraftwerks Wedel in der Hamburger Fernwärmeversorgung**

Der Energienetzbeirat (ENB) begrüßt die in der Bürgerschaftsdrucksache 21/10233 (30.8.2017) bekundete Absicht der Regierungsfractionen, den Übergang des zentralen Hamburger Fernwärmesystems in die öffentliche Hand zum 1.1.2019 zu vollziehen.

Eine Auskoppelung von Ferndampf oder Fernwärme aus dem Steinkohle-Heizkraftwerk Moorburg im Rahmen des Ersatzes des Heizkraftwerks Wedel lehnt der ENB ab. Sie würde im Widerspruch zum Netze-Volksentscheid vom 22.9.2013 stehen. Dies gilt auch für die in Verbindung mit der Südvariante geplante Belieferung der Ölwerke Schindler mit Ferndampf aus dem HKW Moorburg auf Grund eines Liefer-Tauschs MVR/Moorburg. Der ENB weist darauf hin, dass Vertreter der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) im Umweltausschuss das HKW Moorburg als nicht versorgungssichere Anlage bezeichneten. In der Bürgerschafts-Drs. 21/10304 (6.9.2017) heißt es weiter, „der Senat habe als Geschäftsgrundlage den Koalitionsvertrag, der einen Anschluss des Kohlekraftwerks Moorburg an die Fernwärmeversorgung nördlich der Elbe kategorisch ausschließe. Eine Änderung sei nicht vorgesehen.“

Im Laufe der bisherigen Arbeit des ENB hat sich gezeigt, dass es keine rechtliche und technische Handhabe gibt, Wärme aus dem Steinkohle-Heizkraftwerk Moorburg dauerhaft aus dem städtischen Fernwärmenetz auszuschließen. Dies lässt sich nur durch den Verzicht auf einen Bau der Südtrasse, der geplanten Fernwärmeleitung von Bahrenfeld in Richtung des HKW Moorburg, erreichen. Daher spricht sich der ENB gegen die Südvariante aus, für die der Bau einer Fernwärmeleitung zur Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR) notwendig ist. Zu weiteren Nachteilen der Südvariante gehören

- die hohen Kosten der Südtrasse mit Elbunterquerung,
- jahrelange Verkehrsstörungen und Lärmbelästigungen im Bezirk Altona mit Querung großer Verkehrsadern,
- das Fehlen neuer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, deren flexibler Einsatz zur Stromerzeugung in Ergänzung zu erneuerbaren Stromquellen für die Versorgungssicherheit benötigt wird,
- der Verzicht auf hohe Förderungsbeiträge für Kraft-Wärme-Kopplung und
- die längere Restlaufzeit des Steinkohle-HKW Wedel mit seinen nicht akzeptablen Emissionen.

Für die Entscheidungsfindung des Senats hat die BUE die von ihr favorisierte Südvariante und eine Nordvariante in einer umfangreichen Projektierung mit einander verglichen. Als Nordvariante wurde allerdings eine Kombination von Wärmequellen gewählt, die bei den wichtigsten Kriterien der Südvariante unterlegen sein musste. Auch ohne umfangreiche Prüfung war das leicht zu erkennen. Dagegen wurde die konkurrenzfähige Alternative mit KWK-Anlagen am Standort Stellingner Moor, die die BUE selbst noch am 1.9.2016 bevorzugt hatte, aus dem Vergleich ausgeschlossen. Die

Begründungen, die die BUE für diesen Ausschluss gab, sind aus Sicht des ENB nicht überzeugend und nicht haltbar.

Trotz des zeitlichen Engpasses empfiehlt der ENB daher, eine optimierte Fassung der von Vertretern der Umweltinitiativen vorgeschlagenen Nordvariante am Standort Stelling Moor überprüfen zu lassen – ergebnisoffen und mit dem gleichen Detaillierungsgrad wie die Südvariante.

Der ENB bemängelt die oft für seine Beratungsaufgabe ungünstigen Bedingungen, die durch die Art der Information durch die BUE hervorgerufen wurden:

- Informationen über den Stand der Planungen wurden oft viel zu kurz vor den Sitzungen verschickt, so dass den Mitgliedern des ENB viel zu wenig Zeit für deren Bewertung und für ihre eigene Koordinierung blieb.
- Fragen, die aufgrund der begrenzten Tagungszeit des ENB nur schriftlich eingereicht werden konnten, wurden oft viel zu spät von der BUE beantwortet. Zuletzt wurden zahlreiche Antworten verweigert mit der Begründung es handele sich um „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ – von kommunalen Unternehmen.
- Das schon für Mai 2017 dem ENB versprochene Gutachten des Beratungsunternehmens LBD wurde trotz regelmäßiger Nachfragen bis zuletzt nicht zugänglich gemacht. Wie kürzlich von der BUE mitgeteilt wurde, wurde es inzwischen „entkernt“.
- Äußerungen der BUE ließen oft Sachbezogenheit und Objektivität vermissen (angeblich CO<sub>2</sub>-freie Abwärme aus dem HKW Moorburg; 30 bis 40 %-ige Preissteigerungen bei den Stadtwerken Kiel mit der Suggestion, dies sei eine Folge der dort gewählten Gas-KWK Lösungen, die auch bei der konkurrenzfähigen Nordvariante im Mittelpunkt stehen).
- Empfehlungen des ENB wurden von der BUE mehrfach nicht beachtet (CO<sub>2</sub>-Bilanzrahmen Hamburg statt Fernwärmenetz; Angabe von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Treibhausgas-Emissionen; Relativierung der Wahl von Allokationsverfahren zur Aufteilung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Strom und Wärme bis zur Beliebigkeit).

Der ENB hat Anlass, die Qualität und Korrektheit der von der BUE vorgestellten Berechnungsergebnisse aus der Projektierung anzuzweifeln. Es gibt Indizien, die Bedenken hervorrufen, auch wenn die Berechnungen der seit zehn Monaten laufenden Projektierungsphase für die Mitglieder des ENB insgesamt nicht nachvollziehbar sind:

- Die BUE ignoriert die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Müllverbrennung, indem sie sich die umstrittenen Auffassungen des Fernwärme-Lobbyverbands AGFW zu Eigen macht.
- Die BUE wählt für die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung nicht den Bilanzrahmen Stadt Hamburg, sondern den des Fernwärmesystems. Ein Zusatzblatt mit ergänzenden Angaben für den Bilanzrahmen Hamburg wird bei den öffentlichen Präsentationen der Ergebnisse sicher nicht wahrgenommen werden. Die in diesem Zusatzblatt angegebenen Werte sind anzuzweifeln, da sie wesentlich kleiner sind als diejenigen früherer hochrangiger Gutachten (Pehnt, Moorburg-Studie 2008; Groscurth, Basisgutachten 2010) und ihre Berechnung nicht nachvollziehbar ist.
- Die Primärenergiefaktoren (PEF) „Entwurf neue Methode“ widersprechen im Verhältnis zu den PEF „derzeitige Methode“ stark den Informationen eines der bestunterrichteten Experten, Prof. Dr. Oschatz, der im ENB vorgetragen hat.

- Es gibt zu wenige offen gelegte Variantenberechnungen, die für Risikoanalysen äußerst wichtig wären.
- „Bis zu 10 %“ als Angabe für die Erhöhung der Fernwärmepreise nach Einführung der Südvariante ist sehr ungenau. Wie weit Preiserhöhungen auf die teuren Bestandteile der Südvariante wie die Südtrasse zurückzuführen sind und wie risikobehaftet die Südvariante aus diesem Grunde ist, kann der ENB mangels Aufklärung nicht beurteilen.

Der ENB kritisiert, dass halb-öffentlich bereits über eine ganz andere Südvariante diskutiert wird als die, die ihm am 23.11.2017 präsentiert wurde. Nachdem eine Schätzung des Ertragswerts des zurückzukaufenden Fernwärmesystems durch die BUE nur einen Wert zwischen 500 Mio. und 600 Mio. € ergeben haben soll, während der Mindestpreis für den Rückkauf bei 950 Mio. € liegt, wird in und außerhalb der BUE diskutiert oder geplant, in der Südvariante eingesetztes Erdgas durch billige Kohlewärme aus dem HKW Moorburg zu ersetzen. Der ENB sieht daher die Gefahr, dass seine Empfehlungen zur Südvariante vom 23.11.2017 missbraucht werden könnten für eine solche ganz andere Südvariante, für die die gesamten Projektierungsberechnungen nicht gelten.

Diese geänderte Südvariante würde mit zahlreichen Zusagen zum Ausschluss von Wärme aus Moorburg brechen und die Glaubhaftigkeit der BUE unter grüner Führung unterminieren. Daher empfiehlt der ENB der BUE, anstelle der Südvariante die konkurrenzfähige Nordvariante zu wählen, für die ein höherer Ertragswert erwartet werden kann.

Der ENB weist darauf hin, dass die hohen Kosten der Südvariante wahrscheinlich dazu führen werden, dass bei den Beschäftigten gespart werden wird und dass die Verfügbarkeit und Nutzung von billiger Kohle-Fernwärme aus dem HKW Moorburg die Rentabilität der im Rahmen der Ersatzlösung Wedel geplanten Investitionen der städtischen Unternehmen Hamburg Wasser/Hamburg Energie und Stadtreinigung Hamburg gefährden wird.

Der ENB rät der BUE, die erst kürzlich angekündigte Umstellung des Kohle-Heizkraftwerks Tiefstack auf Gas unabhängig von der Ersatzlösung für das HKW Wedel bewerten und detailliert prüfen zu lassen. Dabei sollte untersucht werden, ob es nicht günstiger ist, in Tiefstack anstelle eines lang dauernden Einsatzes von fossilem Erdgas in einem überholten Kohle-Heizkraftwerk mit schlechten Wirkungsgraden und geringer Flexibilität einen zeitnahen Übergang zu einer weitgehend CO<sub>2</sub>-freien Fernwärmeversorgung durchzuführen – im Einklang mit der Zielsetzung des Netze-Volksentscheids.